



kommeneren Finanzverwaltung gelegt. Unleugbar ist es, daß in dem verflochtenen halben Jahrhundert die Aufgabe der Kontrollbehörden in Oesterreich weniger vom geistigen Gesichtspunkte aus aufgefaßt wurde, und das Comité deutet daher darauf hin, wie erwünscht es wäre, daß eine durchgreifende Reform der Rechnungsbehörden eingeführt, so wie eine einfachere Art der Rechnungslegung und des Rechnungsprozesses geschaffen werde. Es faßt die Sache von einem höheren Standpunkte auf und wünscht, daß dahin gestrebt werde, die Rechnungskontrolle zu einer wirksameren und eingreifenderen zu machen.

Nachdem nun gegenwärtig ein sehr erfahrener Staatsmann an der Spitze der Kontrollbehörde steht, so wäre es angezeigt, daß das Comité und der Reichsrath seine Meinung dahin ausdrücken: es möge dieser Staatsmann veranlaßt werden, ein eigenes Comité aus seinem Gremium und mit Zuziehung von vielleicht noch anderen geeigneten Individualitäten zusammenzusetzen, welches die in Rede stehenden Verbesserungen vorzuschlagen und hierbei die entsprechenden Reformen auch in anderen Verwaltungszweigen, besonders hinsichtlich der Finanzverwaltung, in Antrag zu bringen hätte.

In dieser Beziehung könnte es daher bei dem Eintrathen des Comité's im Ganzen verbleiben und es dürfte hierbei nur noch weiters auf die eben ange-deuteten Punkte speziell hingewiesen werden.

Reichsrath Graf Hartig bemerkte, er würde vollkommen dem Antrage des Grafen Barlöczy beistimmen, wenn es überhaupt jetzt schon an der Zeit wäre, eine eindringlichere Berathung dieses Gegenstandes vorzunehmen. Die Kontrolle hänge wesentlich von der Organisation und Gliederung der Behörden ab. Ueber diese Organisation aber sei man derzeit noch nicht einig, sondern die Grundsätze hierüber würden sich erst im Verlaufe der Debatte und bei Prüfung des Schlußantrages des Comité's ergeben. Jede Verhandlung über jenen Gegenstand würde gegenwärtig zu keinem Resultate führen, indem man überall auf Formen stieße, deren Fortbestand oder Aufhebung zweifelhaft erschiene. Bleiben diese Formen, so dürften wohl andere Ausführungs-Modalitäten notwendig werden; blieben sie aber nicht, so wäre jede weitere Berathung in der angegebenen Richtung überflüssig. — Der Antrag des Grafen Barlöczy wäre demnach in so weit in Berathung zu ziehen, daß S. Majestät alleruntertänigst gebeten werden möge, wenn seiner Zeit die Umgestaltung der inneren Administration erfolgt sein werde, dem Vorstande der obersten Kontrollbehörde den Auftrag zu erteilen, auf Grundlage dieser Veränderungen einen umfassenden Vorschlag wegen Einführung der gedachten Vereinfachungen und Reformen zu erstatten.

Reichsrath Graf Barlöczy äußerte, sein Antrag sei auch in keinem andern Sinne gestellt worden, allein bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit des Gegenstandes erschiene es immerhin zweckmäßig, schon derzeit die obigen Andeutungen zu geben.

Nachdem die Versammlung auf Befragen Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Reichsraths-Präsidenten den betreffenden Abschnitt des Comité-Berichtes angenommen hatte, fuhr Graf Szécsen in der Lesung desselben weiter fort:

Der Voranschlag für das Ministerium des Aeußern weist ein n Posten für die Befoldungen und Personalzulagen der Beamten im außerordentlichen Dienste nach, welcher sich mit 34.370 fl. be- ziffert.

Dieser Posten findet seine Begründung in den Erfordernissen des diplomatischen und internationalen Verkehrs, ebenso wie in der langjährigen Organisation und den Traditionen des k. k. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten; und das Comité kann sich in dieser Beziehung den Erläuterungen und Begründungen Sr. Excellenz des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten nur um so mehr anschließen, als in der Centralleitung dieses Ministeriums kein sogenanntes Präsidialbureau besteht, und als die Arbeiten eines solchen Bureau's, welche gerade in dem Ministerium des Aeußern die schwierigsten, anstrengendsten und wichtigsten sind, größtentheils durch die Beamten des außerordentlichen Dienstes besorgt werden.

Bei den diplomatischen Ruhegehülften, die mit . . . 51.624 fl. und den Wartgeldern, welche mit . . . 47.600 fl. zusammen mit . . . 99.224 fl. be- ziffert sind, konnte es der Aufmerksamkeit des Comité's nicht entgehen, daß einerseits bisher kein regelmäßiges Pensionssystem für die Mitglieder des Oesterreichischen diplomatischen Dienstes bestand, während andererseits die Natur des diplomatischen Berufes, in dem sich die Aufgaben des Amtes mit den Anforderungen äußerer Lebensstellung vereinen, auch bei den Ruhegehal- ten und Wartgeldern eine billige Berücksichtigung dieser Anforderungen äußerer Lebensstellung erheischt.

Von diesem Standpunkte aus kann der Gesamtbeitrag der diplomatischen Ruhegehülften und Wartgelder, welcher ungefähr 4 1/2 % des Gesamt-Aufwandes des k. k. Ministeriums des Aeußern beträgt, keinesfalls als ein übermäßiger erscheinen. Auch soll nach der Mittheilung Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Aeußern die ganze Frage der diplomatischen Ruhegehalte demnachst einer definitiven systematischen Regelung unterzogen werden.

Die an sich unerhebliche Ausgabe von 19.000 fl. für den Aufwand der orientalischen Akademie findet sich durch den Nutzen dieses Institutes, welches der Oesterreichischen Regierung für wichtige Dienststellen im Oriente Landeskinder heranbildet, gerechtfertigt, um so mehr, da die Kosten durch Auflösung des Institutes und Aufstellung entsprechender Lehrstühle für orientalische Sprachen und Disciplinen an der Universität eher vermehrt als vermindert werden dürften.

Im Uebrigen sieht sich das Comité nach sorgfältiger Ermägung weder in ziffermäßiger noch in allgemeiner prinzipieller Hinsicht veranlaßt, eine weitere Bemerkung oder Erläuterung vorzubringen, da die sonstigen Ansätze des fraglichen Staatsvoranschlags sich selbst erklären und rechtfertigen.

Nachdem über den Vorschlag der Ausgaben für das Ministerium des kaiserlichen Hofes und der auswärtigen Angelegenheiten keines der Mitglieder des verstärkten Reichsrathes das Wort verlangte wurde der bezügliche Abschnitt des Berichtes als genehmigt angesehen und die Berlesung desselben von dem Grafen Szécsen fortgesetzt.

Hinsichtlich des Voranschlags für das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichtes glaubt das Comité vor Allem darauf hinweisen zu müssen, daß in der Centralleitung des Ministeriums, deren Aufwand sich mit 332.500 fl. beziffert, nach der Andeutung Sr. Excellenz des Herrn Kultusministers eine bedeutende Ersparnis sich verwirklichen ließe, wenn ein großer Theil der bei diesem Ministerium zur Verhandlung gelangenden streitigen Administrativ-Gegenstände, welche nicht zu seiner eigentlichen Aufgabe gehören, wie z. B. die aus den unregelmäßigen Konkurrenz-Verhältnissen hervorgehenden Verhandlungen, einer anderen Behörde zugewiesen würden.

Obwohl durch die definitive gesetzliche Regelung der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse, auf deren Nothwendigkeit hinzuweisen sich das Comité verpflichtet fühlt, die Entscheidung der oben erwähnten Fragen eine sichere Grundlage der Behandlung gewinnen würde, sieht das Comité in der Natur dieser Fragen einen Beweis der Nothwendigkeit der Kreierung einer entscheidenden Behörde für administrative Streitfragen, da bei dem jetzt bestehenden System nur zu oft die betreffenden Ministerien in denselben Angelegenheiten Richter und Partei sind, — über Recurse oder Einwürfe gegen ihre eigenen Verfügungen entscheiden sollen und in ihrer jetzigen Organisation mancher Formen entbehren, welche bei Streitfragen weit wichtiger sind als bei einfachen Verwaltungsmaßregeln. Ähnliche Organe bestehen in anderen Ländern seit langer Zeit in hohem Ansehen und mit günstigem Erfolge; jede eingehende Betrachtung der verschiedenen Zweige der Administration in der Oesterreichischen Monarchie weist auf die Nothwendigkeit derselben hin und namentlich dürfte die Ueberbürdung der Centralleitung des Cultusministeriums mit Angelegenheiten, die außer seines eigentlichen Wirkungskreises liegen, einen kaum zu widerlegenden Beweis dafür bieten.

Reichsrath Graf Barlöczy: „Was die Errichtung einer Behörde für streitige Administrativfragen betrifft, so scheint allerdings das Bedürfnis dafür sehr groß zu sein. Wie bekannt, ist dies in den meisten Staaten eine Frage von der höchsten Wichtigkeit. In fast allen Theilen des Oesterreichischen Kaiserstaates und insbesondere dort, wo es sich um Eisen- und andere industrielle Unternehmungen handelte, wurde die Lücke sehr lebhaft empfunden, daß keine Behörde existirt, welche die streitigen Punkte entscheidet, indem dasjenige Ministerium, welches die Concession zu geben und die Geschäftsführung zu überwachen hatte, auch mit der Austragung von derlei Streitigkeiten betraut ward, wodurch es zugleich Richter und Partei in einer Person wurde. Damit wird jedoch der Sache mehr geschadet als genützt und es wäre dies nur eine Quelle der Parteilichkeit. Ich bin vollkommen einverstanden mit dem Antrage des Comité's, daß die Errichtung einer Behörde für streitige Administrativfragen in gewisser Beziehung notwendig ist, glaube jedoch, daß der Incidenzpunkt der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse nicht als Motiv angenommen werden kann, sondern daß dieser Gegenstand in das Budget des Finanzministeriums gehört, wo dann die Sache erörtert werden soll. Es ist sonach mein Antrag, daß später und nicht bei dem eben verlesenen Absätze über den Voranschlag des Kultusministeriums von jener Behörde Erwähnung geschehe.

Anlangend die Patronats-Concurrenz-Verhältnisse muß ich gestehen, daß ich das Wort „Regelung“ hier nicht begreife. Warum wurden diese Verhältnisse nicht schon seit zehn Jahren geregelt? Sie wurden nicht geregelt, obwohl an uns in Ungarn sehr viele Anfragen von Seite der Staats- und anderer Behörden gestellt wurden, daß wir uns darüber äußern sollten. Wir haben es auch gethan, allein die Sache blieb liegen, weil unübersteigliche Hindernisse dagegen obwalteten, indem die Regelung der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse eine so verschiedene und mannigfaltige sein mußte, daß es nicht möglich wäre, darüber einen Operat oder einen Erlaß mit einem einzigen Schriftstücke zu geben. Ich glaube, darin lag die Hauptsache, daß diese sehr verwickelten Verhältnisse bis jetzt nicht geordnet werden konnten. Wir können daher unvorgreiflich der weiteren Debatte dieses Alles im Kontexte mit den andern Gegenständen vornehmen. Uebrigens glaube ich, daß eine Regelung der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse vom Centrum aus zu leiten keineswegs eine wünschenswerthe Sache wäre, sondern das gerade dies Gegenstände sein werden, welche in erster Linie den verschiedenen Landes- und politischen Behörden und eventuell den Landesvertretungen zustehen, und falls die Bedingungen dazu vorhanden sind, auch dort geregelt werden dürften.

Reichsrath Graf Szécsen gab die Aufklärung, es sei die Erwähnung der Errichtung einer solchen Behörde, oder wie gesagt worden, die Verwirklichung der Idee, daß die rein administrativen Angelegenheiten von den administrativen Streitfragen getrennt werden sollen, zufälliger Weise bei der Behandlung des Budgets des Kultusministeriums gemacht und daher an dieser Stelle in den Bericht aufgenommen worden. Die logische Verbindung zwischen dieser Idee und dem Ministerium des Kultus sei jedoch offenbar keine derartige, daß je-

ner Antrag hierbei am rechten Platze wäre, weshalb er sich der Meinung des Grafen Barlöczy anschleße, daß die Versammlung sich dafür aussprechen möge sie wünsche die Idee der Trennung der administrativen Angelegenheiten von den administrativen Streitfragen verwirklicht zu sehen. Die Stelle aber, an welcher dieser Ausdruck angeschlagen werden sollte, sei nicht bei den Angelegenheiten des Kultusministeriums, sondern entweder am Schlusse der allgemeinen Anträge des Finanzministeriums, oder an irgend einem anderen passenden Orte des Berichtes.

Reichsrath Graf Hartig bemerkte, es sei die administrative Justiz schon bei der Errichtung des gegenwärtigen Reichsrathes ein Gegenstand der Aufmerksamkeit der Regierung gewesen. Er selbst habe damals mit dem Freiherrn von Kübed über den Entwurf gesprochen, und derselbe habe die Nothwendigkeit vollkommen anerkannt. Damals handelte es sich um die Frage, ob nicht, wie in Frankreich, Gegenstände der administrativen Justiz dem Reichsrathe (einer dem französischen Staatsrath ähnlichen Institution) zugewiesen werden könnten, und Baron Kübed zeigte sich sehr geneigt, dieses Befugnis dem Reichsrathe zu vindiciren. Es sei jedoch dies aus Gründen, die ihm unbekannt seien, bisher unterblieben. — Eine eigene Behörde für administrative Justiz erschiene übrigens nicht als nothwendig und es könnte die Funktion sehr gut ein Attribut des ständigen Reichsrathes bilden.

Reichsrath Dr. Hein äußerte, es habe Graf Barlöczy in seiner Auseinandersetzung den Antrag gestellt, daß die gesetzliche Regelung der Patronatsverhältnisse den Landesvertretungen zuzuwenden sei. Insofern dieser Antrag ausreicht erhalten würde, müßte sich Dr. Hein dagegen erklären, weil er seiner Ansicht nach verfuhr sei.

Graf Barlöczy: „Ich habe in erster Linie die politischen Behörden der Länder und nicht die Landesvertretungen gemeint; wir haben eine politische Behörde eben so gut in Prag, Lemberg etc., während die Landesvertretungen hier nicht zu berühren sind.“

Dr. Hein: „Insofern es sich also um Regelung durch die Landesbehörden handeln sollte, muß ich beantragen, daß sich die Versammlung dagegen erkläre, weil die Sache verstrüht wäre, indem vorher noch viele eingehende Erörterungen in diese Frage stattfinden müßten. Ich enthalte mich einer näheren Motivirung und beantrage einfach: über den Vorschlag des Grafen Barlöczy zur Tagesordnung überzugehen.“

Graf Barlöczy: „Ich bin mißverstanden worden und habe nicht beabsichtigt, die in jener Richtung einzuhaltenden Grenzlinien zu bestimmen. Daß übrigens Gegenstände, welche allgemeine Fragen betreffen, in die Debatte hineingezogen werden können, haben wir bei der Discussion über das Grundbuch gesehen. Es ist meine Ansicht eben nur die des Individuums, welches das volle Recht hat, seine Meinung kund zu geben, und ich habe keinen eigentlichen Antrag gestellt, daß die Landesvertretungen die Frage zu erörtern hätten, wie die Patronats- und Concurrenzverhältnisse geregelt werden sollen, sondern ich habe nur erklärt, daß dies nicht Aufgabe der Central-Verwaltung sein könne.“

Dr. Hein: „Nachdem Graf Barlöczy keinen Antrag stellt, so entfällt auch meine Bemerkung von selbst.“

Reichsrath Graf Szécsen deutete darauf hin, daß die Ansicht des Grafen Barlöczy ganz mit jener des Comité's zusammenstimme und nur die Verwirklichung des Prinzips etwas anders aufgefaßt worden sei.

Vize-Präsident v. Szécsény bemerkte, es gehe der Antrag des Grafen Barlöczy dahin, daß das Eintrathen des Comité's auf Errichtung einer Behörde für die streitigen Administrativgegenstände bis auf die Besprechung des Finanzbudgets vertagt werde, und Graf Szécsen habe gewünscht, jenen Gegenstand überhaupt bei einer anderen Gelegenheit, entweder bei den Schlußanträgen oder an einem sonstigen geeigneteren Orte zu erörtern. Graf Barlöczy wollte, daß die Idee der Errichtung einer Behörde zur Behandlung der contentiosen Administrativsachen nicht bei dem Budget des Cultusministeriums, sondern bei dem Finanzbudget oder bei der Verhandlung über den Schlußantrag des Comité's zur Sprache kommen sollte. Es hänge nun davon ab, ob überhaupt darüber abgestimmt werden solle oder nicht.

Reichsrath Graf Apponyi fand, daß ein sehr geringer Unterschied zwischen der Auffassung des Grafen Barlöczy und derjenigen des Comité's bestehe. Er habe Ersteren dahin verstanden, daß er das Prinzip selbst, die Idee an sich, als eine richtige ansehe, nämlich daß die administrativen Fragen von den administrativen Streitigkeiten getrennt werden mögen. Graf Barlöczy wünschte diese Frage als eine offene zu betrachten und deren Besprechung nur an einer anderen Stelle einzureihen; er wollte sich bloß die Art und Weise, wie dies auszuführen sei, somit die Freiheit der Discussion hierüber vorbehalten.

Reichsrath Graf Barlöczy bezeichnete es als gleichgiltig, ob dieser Gegenstand bei dem Finanz-Budget, oder an einem anderen passenden Orte besprochen werde.

Die Stimmenmehrheit erklärte sich für die Vertagung obiger Frage, und Graf Szécsen fuhr in der Berlesung des Berichtes folgendermaßen fort:

Der Umstand, daß die Mehrzahl der höheren Unterrichtsanstalten nicht aus Staatsmitteln, sondern aus kirchlichen und Privatfondationen erhalten wird, erheischt um so mehr eine ernste Berathung bei Prüfung der gegenwärtigen Gestaltung des öffentlichen Unterrichtes, da es nicht wohl zu verkennen ist, daß diese in

mancher Beziehung den unter ganz verschiedenen Verhältnissen festgestellten Absichten der ursprünglichen Gründer fremd, ja widersprechend sein dürften.

Eben so konnte es der Aufmerksamkeit des Comité's ferner nicht entgehen, daß in dem Staats-Voranschlage für die Bedürfnisse des öffentlichen Unterrichtes in einzelnen Ländern zu den Schul- und Kirchenfonds sehr ansehnliche Beiträge aus dem Staats-Schatze bezeichnet sind, während für andere Länder, in denen die Bedeckung der diesfälligen Erfordernisse aus Kommunalmitteln geschieht, keine ähnlichen Staatsbeiträge angeführt erscheinen.

Das Comité verkennt keineswegs die Schwierigkeiten, welche die gleichmäßige Rücksicht für die Anforderungen der Billigkeit und für jene des praktischen Bedürfnisses einer entsprechenden Regelung dieser Angelegenheit entgegenstellt; aber es glaubt die Nothwendigkeit einer Prüfung dieser Verhältnisse hinweisen zu müssen, deren definitive Entscheidung mit den großen Fragen der inneren Organisation der Monarchie zusammenhängt.

Den mit 95.000 fl. angegebenen Posten der Unterstüßungs-Pauschalen für die Evangelischen beider Bekenntnisse in Ungarn betrachtet das Comité bis zur definitiven Regelung der Verhältnisse der evangelischen Glaubensgenossen in allen Ländern der Monarchie als einen bloß eventuellen. (Fortf. folgt.)

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. September. Sr. Majestät der Kaiser hat heute Audienzen erteilt und die k. k. Gesandten Graf Trautmannsdorff, Baron Werner, den k. k. Reichsrath Baron Nostiz, den Gesandtschaftsleiter Baron von Reyer u. a. m. empfangen. Letzterer besichtigte heute nach Graz, wo seine Vermählung mit der Tochter des k. k. Internuntius Prolesch demnachst gefeiert wird.

Mit Allerhöchster Entschliesung vom 30. August d. J. wurde die Auflösung beider Lehrkurse des bisherigen Central-Equitations-Institutes während des Monats September 1860 angeordnet und anstatt dieses Institutes die Errichtung einer „Central-Cavallerie-Schule“ genehmigt, welche Anstalt unter unmittelbarer Vermittelung und Ueberwachung von Seite des General-Cavallerie-Inspectors dem Armeekorps untersteht und mit 1. October d. J. ins Leben zu treten hat.

Die Notiz, daß gestern in Bruck an der Leitha in Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers ein Manöver stattgefunden hätte, ist dahin zu berichtigen, daß Sr. Majestät am Mittwoch Vormittag das in Bruck und der Umgebung dislocirte Husaren-Regiment Prinz v. Würtemberg Nr. 11 besichtigt hat.

Sr. k. Hoh. der Großherzog v. Hessen-Darmstadt ist heute früh um 6 Uhr mit dem Schnellzuge der Kaiserin Elisabeth-Bahn abgereist. Im Bahnhofe war eine Ehrencompagnie mit Fohne und Musikkapelle postirt. Heute Nachmittags 3 Uhr wird Sr. k. Hoheit das in Linz stationirte Ergänzungs-Bataillon des Seinen Namen führenden Infanterie-Regiments Nr. 14 inspiciren und sodann die Reise nach Salzburg und München fortsetzen. Gestern erhielt Sr. k. Hoheit noch Besuche von Ihren k. Hoheiten Herrn Erzherzog Albrecht und Gemalin, Erzherzog Wilhelm und Kaiserin. Ihre k. Hoh. die Frau Großherzogin von Hessen-Darmstadt wird morgen nach Salzburg abreisen. Die bei Ihren k. Hoheiten hier zugetheilte gewesene Hofdienerschaft begleitet Höchstselben bis nach Salzburg.

In dem Wohlbestehen Ihrer kais. Hoheit der Erzherzogin Elisabeth ist nach dem neuesten, vom 11. Sept. datirten Bulletin nicht die geringste Störung eingetreten. Der neugeborne Erzherzog ist gesund und gedeiht erfreulich.

Der Herr Feldmarschall Freiherr von Hess wird nächste Woche von seiner Erholungsreise hier eintreffen.

Der k. k. Gesandte am bairischen Hofe, Herr Graf Bray-Steinburg wird erst Anfang October von seiner Urlaubsreise nach München hier eintreffen.

Der k. spanische Gesandte Don de la Torre Aylon ist heute von seiner Reise nach München zurückgekehrt.

## Deutschland.

Mit Beziehung auf die Anwesenheit Sr. k. Hoh. des Großherzogs von Hessen in Wien wurde von mehreren Blättern berichtet: im Lager der Würzburger Konferenzstaaten drohe ein Zwiespalt auszubrechen, der namentlich in Bezug auf die Revision der Bundesverfassung einen Theil der bisher zusammengegangenen Regierungen der Preussischen Anschauung wesentlich näher führe, und die Reise Sr. k. Hoheit nach Wien stehe mit dieser Aenderung in Verbindung. So viel man höre, neige sich Württemberg augenblicklich fast ganz, Baden ganz zu Preußen hin. Das „Dresdner Journ.“ kann diese Angabe über den angeblichen Zweck der Reise des Großherzogs von Hessen nach Wien als vollkommen unbegründet und erfunden bezeichnen. Der in Würzburg ausgearbeitete Konventionentwurf sei dort einhellig festgestellt worden, und was namentlich Großherzogthum Hessen und Württemberg betreffe, so seien die Ratifikationen desselben von dort her erfolgt.

Die zur preussischen Expedition nach Japan bestimmten Sisse „Arcona“ und „Aetia“ sind am 26. resp. 30. Juli in Singapore angekommen. Der königliche Gesandte Graf zu Eulenburg mit Gefolge traf ebenfalls am 2. August ein. Es befand sich Alles wohl.

Die preussischen Provinzial-Landtage sind nun zum 28. October einberufen worden; es sind die für die fünf Provinzen Ostpreußen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinprovinz.



N. 615. pr. Concursauschreibung. (2090. 2-3)

Bei dem k. k. Kreisgerichte in Neu-Sandec ist eine systemisirte Kreisgerichts-Rathsstelle mit dem Jahresgehälte von 1260 fl. und dem Vorrückungsrechte in 1470 fl. 6. W. zu besetzen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Kundmachung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ gerechnet — bei diesem k. k. Kreisgerichte-Präsidentium zu überreichen.

Vom Präsidentium des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandec, am 5. September 1860.

N. 1192. Ankündigung. (2087. 2-3)

Wegen Ueberlassung der Rothreinigung im Gebiete der Stadt Wieliczka in der Zeit vom 1. October 1860 bis dahin 1863 das ist auf drei nacheinander folgende Jahre, wird eine dritte Licitationsverhandlung am 28. September 1860 um 9 Uhr Vormittags in der hiesigen Magistrats-Kanzlei abgehalten werden.

Der Fiskalpreis beträgt für ein Jahr 186 fl. 37 1/2 kr. 6. W. und die Licitationsbedingungen können jederzeit in der hiesigen Expeditions-Kanzlei eingesehen werden.

Unternehmungslustigen werden zu dieser Verhandlung vorgeladen.

Magistrat, Wieliczka, am 7. September 1860.

N. 1922. E d y k t. (2092. 2-3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd Radłów podaje się do wiadomości publicznej, że grunta gospodarstwa Nr. 65 w Niedzieliakach do masy sukcesyjonalnej Piotra Kućka należącego na lat 6 przez publiczną licytacją na dniu 22 Września b. r. o godzinie 9 zrana na miejscu miejsca wydzierżawione, niemniej izba nowa z kumora, osobna kumora, 3 konie i inne ruchomości w tym samym terminie za gotowe pieniądze sprzedane będą.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Radłów dnia 2. Września 1860.

N. 7946. Licitations-Ankündigung. (2088. 2-3)

Von der Sandezer k. k. Kreisbehörde wird hiermit bekannt gemacht, daß behufs der Verpachtung des der Comune Neumarkt zugestandenem Rechtes zur Einhebung der Comunal-Auflage im Betrage von Ein Gulden vierzig Kreuzer (1 fl. 40 kr.) österr. W. für jeden Eimer

des in dem Neumarkter städtischen Territorium und den Vorstädten verzehret werdenden Bieres, — dasselbe möge zum eigenen Gebrauche, oder von den befugten Schänckern, oder von den in Neumarkt schon bestehenden und im Laufe der Pachtperiode allenfalls sich nach etablirten Biererzeugern oder endlich von Auswärts und von wo immer bezogen werden — auf die Dauer von drei Jahren d. i. vom 1. November 1860 bis Ende October 1863 am 24. September 1860 während der gesetzlichen vorgeschriebenen Amtsstunden in der Neumarkter Magistratskanzlei eine öffentliche Licitation abgehalten werden wird.

Der Fiskalpreis beträgt 665 fl. 9 kr. 6. W.

Das Badium beträgt 67 fl. 6. W.

Schriftliche Offerten werden auch während der mündlichen Licitation angenommen, dieselben müssen jedoch vorchriftsmäßig verfaßt sein, und insbesondere die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß sich Offerent allen Licitationsbedingungen ausnahmslos unterzieht, und müssen vor dem dritten Ausrufe und Abschlage des mündlichen Bestbotes überreicht werden.

Neu-Sandec, am 5. September 1860.

3. 12097. Edict. (2060. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird den dem Leben und dem Wohnorte nach unbekanntem Miteigentümer des Gutes Witanowice görne, und zwar: Adam Johann Antoni dr. N. Remer, Katharina Sofia Anna dr. Nam. Borucka, Eva Victoria zw. Nam. Remer verehelichte Labęcka, Theodora Thelka zw. Namen Remer und Justine Thelka zw. Nam. Remer verehelichte Dunin und im Falle ihres Ablebens ihren unbekanntem Erben mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Siemowit Josef zw. N. Milzecki wegen Aufhebung der Gemeinschaft der Eigenthums des im Wadowicer Kreise gelegenen Gutes Witanowice görne eine Klage de präst. 7. August 1860 3. 12097 hiergerichts angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagfahrt auf den 25. September 1860 um 10 Uhr Vormittags bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Landes-Advokaten Dr. Schönborn mit Substituierung des Hrn. Landes-Advokaten Dr. Balko als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten er-

innert zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbeistände dem bestellten Vertreter mitzutheilen oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landes-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Krakau, am 20. August 1860.

Obwieszczenie.

Nr. 1498, 713, 1356, 1895, 1922 civ. (2052. 3)

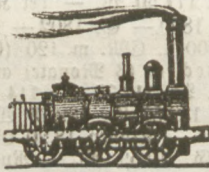
Ze strony c. k. Urzędu powiatowego w Żywcu jako Sądu, wzywa się poniżej wymienionych, a z miejsca swego pobytu niewiadomych sukcesorów, aby się w przeciągu roku jednego od dnia dzisiejszego rakując w tutejszym Sądzie stawili i do spadku również tu wyrażonych spadkodawców się zgłosili, gdyż w przeciwnym razie spadki te z zgłoszeniem się sukcesorami i ustanowieniem kuratorami przeprowadzone zostaną, a mianowicie:

- 1. Do spadku po zmarłym na dniu 22. Lutego 1839 r. z pozostawieniem ostatniego rozporządzenia Ignacym Smagoniu jest powołany nieobecny syn tegoż Michał Smagon za sukcesora, któremu Wojciech Łukańko za kuratora przydany został.
2. Do spadku po zmarłym na dniu 24. Listopada 1826 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Janie Tlałce z Koszarawy jest powołany nieobecny syn tegoż Maciej Tlałka za kuratora przydany został.
3. Do spadku po zmarłym na dniu 26. Września 1847 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Michale Janiku z Jelesni jest nieobecna córka tegoż Agnieszka Janik za sukcesorkę powołaną, której Michał Książek za kuratora przydany został.
4. Do spadku po zmarłym na dniu 26. Stycznia 1848 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Macieju Bienias z Hucisk jest nieobecna Zofia Bienias za sukcesorkę powołaną, której Stefan Kudzia za kuratora przydany został.
5. Do spadku po zmarłym na dniu 19. Grudnia 1847 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Józefie Jędrzejas z Krzyżowy jest nieobecna córka tegoż Rozalia Jędrzejas za sukcesorkę powołaną, której Józef Plaza za kuratora przydany został.
C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Żywiec, dnia 21. Sierpnia 1860.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Tag, Barom.-höhe auf in Barall. Einde 0° Reaum. red., Temperatur nach Reaumur, Specifiche Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Abänderung der Wärme im Laufe d. Tage von bis.

Kundmachung.



Vom 15. November 1859 angefangen wird auf der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn nachstehende Fahrordnung in Wirksamkeit treten.

Personen-Züge.

Table showing train schedules between Krakau and Przeworsk, including stations like Bierzanów, Podłęże, Kłaj, Bochnia, Slotwina, Bogumilowice, Tarnów, Czarna, Dębica, Czarna, Tarnów, Bogumilowice, Slotwina, Bochnia, Kłaj, Podłęże, Bierzanów, Przeworsk.

Table showing train schedules between Krakau and other stations like Wieliczka, Niepolomice, and Krakau, including stations like Krakau, Bierzanów, Wieliczka, Niepolomice, Krakau.

Anmerkung.

Der Personenzug Nr. 1 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Olmütz, Troppau, Bielsk, Granica und Myslowitz.
Die gemischten Züge Nr. 18 und 19, verkehren nach Erforderniß.
Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Im galizischen Postdirectionsbezirke ist eine Postofficiatsstelle letzter Classe mit dem Jahresgehälte von 525 fl. gegen Cautionleistung von 600 fl. zu besetzen.

Die Bewerber haben die gehörig documentirten Gesuche insbesondere unter Nachweisung der Sprachkenntnisse und der Postofficiatsprüfung binnen drei Wochen bei der gefertigten Postdirection einzubringen.

Von der k. k. galiz. Post-Direction. Lemberg, am 10. September 1860.

Wiener - Börse - Bericht

vom 14. September.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

Table of public debt for the state, listing various bonds and their values.

B. Der Kronländer.

Table of public debt for crown lands, listing various bonds and their values.

Actien.

Table of stocks, listing various companies and their share values.

Schuldbriefe.

Table of bonds, listing various financial instruments and their values.

Conte.

Table of accounts, listing various financial entries and their values.

3 Monate.

Table of 3-month accounts, listing various financial entries and their values.

Conte der Geldsorten.

Table of money types, listing various denominations and their values.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 1. August 1859.

Table showing train arrival and departure times for various routes and stations.

Herr Redacteur!

Um beunruhigenden Gerüchten entgegenzutreten, welche im Publicum aus Anlaß der am 14. Juni d. J. abgehaltenen Generalversammlung der Actionäre des „Anker“ Verbreitung fanden, erklärten wir in einer an die „Presse“ gerichteten Zuschrift, welche dieses Journal im „Kleinen Capitalisten“ (Nr. 164 vom 21. Juni d. J.) veröffentlichte, daß die Rechnungsabschlüsse, vermöge Bestimmung unserer Statuten, der hohen Staatsverwaltung unterbreitet werden müßten, und wir sonach deren Genehmigung abzuwarten haben, ehe wir in die Lage kommen, sie zur Kenntniß unserer Interessenten zu bringen.

Seither erwarten wir mit Sehnsucht die Erledigung, denn treu unserem vom ersten Tage an befolgten Prinzip, den Operationen des „Anker“ durch ausgedehnte Oeffentlichkeit volles Vertrauen zu erwerben, drängt es uns, den Stand der Angelegenheiten der Gesellschaft dem Publicum um so rascher vorzuführen, als unsere Lage vermöge des bedeutenden Umfangs der durchgeführten Geschäfte eine höchst günstige ist.

Die ersuchte Erledigung ist bisher wahrscheinlich aus dem Grunde nicht erfolgt, weil der Staatsverwaltung hier zum erstenmale die Bilanz einer Lebensversicherungs-Gesellschaft zur Prüfung vorgelegt; wer aber mit der Berechnungsart der Lebensversicherungen irgend vertraut ist, kennt ihre eigene Eigentümlichkeit, und begreift, daß einige Zeit erforderlich sei, um sich in diesen speziellen Theil der Comptabilität hineinzufinden, welche auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruht, und von allen soliden Lebensversicherungs-Gesellschaften angewendet wird.

So unangenehm und diese Verzögerung auch ist, wodurch wir mit den definitiven Abschlüssen aufgehalten sind, soviel Garantien, die unsere Statuten enthalten, abgeschlossen sind.

Dieser Zwischenfall kann in den Augen aller Einsichtigen nur zu unserm Gunsten sprechen; allein da die Mühseligkeit diesen Umstand zu unserm Nachtheil deuten könnte, so finden wir uns zur Erklärung veranlaßt, daß unsere Rechnungen nicht nur nach untrüglichen mathematischen Prinzipien aufgestellt wurden, sondern daß unsere glückliche finanzielle Lage und sogar

eine besondere Fürsorge für das Beste unserer Versicherten erlaube. Wir waren im Stande, die Prämien-Reserve für die Versicherungen auf den Todesfall sowohl für die Lebenszeit als auf bestimmte Zeit gegen den statutenmäßig zu reponirenden Betrag von 362,444 fl. 87 kr. um 113,761 fl. 76 kr., also auf die Summe von 476,206 fl. 63 kr. zu erhöhen, und dies ganz abgesehen vom Reservefonds, welcher den Statuten entsprechend, aus dem 15prozentigen jährlichen Reingewinn fundirt wird.

Außerdem amortisirten wir vom ersten Jahre an den fünften Theil der ersten Einrichtungskosten, während die Versicherungs-Gesellschaften diese Rubrik der Auslagen gewöhnlich auf 20 Jahre vertheilen. Kaum wird man eine Gesellschaft finden, die ein ihren Versicherten günstigeres System besitzt als jenes, welches wir, unterstützt von unserer vorzüglichen finanziellen Lage, bei unserer Bilanz befolgen.

Die schuldige Hochachtung vor der Behörde gestattet uns in diesem Augenblick nicht, mehr zu sagen; doch sollen unsere Versicherten daraus die Ueberzeugung schöpfen, wie keiner Gesellschaft das Interesse ihrer Theilnehmer je mehr am Herzen lag als uns.

Hoffentlich wird jeder Wohlmeinende unsere Zurückhaltung würdigen, und die Tagespresse wird uns ihre gütige Unterstützung leihen, um allen böswilligen Unterstellungen fest entgegenzutreten. Vertrauensvoll erwarten wir die Gutheißung unserer Bilanz durch die hohe Staatsverwaltung, nachdem sie ihre gründlichen Studien über unsere Rechnungsaufstellung beendet haben wird, und sobald uns die diesfällige Entscheidung zukommt, werden wir nicht einen Augenblick mit der Veröffentlichung unserer Abschlüsse gemäß der definitiven Erledigung säumen.

Vorläufig glauben wir die Vorzüge und Bürgschaften des „Anker“ in einer Publication darlegen zu sollen, welche wir Ihnen unmittelbar mit der Ueberschrift zustellen: „Wodurch erzielte die Gesellschaft für Lebensversicherungen, „Der Anker“, ihre bedeutenden Erfolge?“

Genehmigen Sie, Herr Redacteur, den erneuerten Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung. Der General-Director Langrand-Dumonceau.

(2080. 1)

# Wodurch erzielte die Gesellschaft für Lebens- und Renten-Versicherungen, „DER ANKER“, ihre außerordentlichen Erfolge?

Die Lebensversicherung, welche in England, Frankreich und Deutschland bereits einen solchen Aufschwung nahm, daß sie in den genannten Ländern ebenso volksthümlich als die Feuerversicherung geworden ist, machte bis in neuester Zeit in Oesterreich nur sehr geringe, um nicht zu sagen gar keine Fortschritte, denn während in den genannten Ländern das versicherte Capital im Jahre 1858 die Summe von sechs Milliarden Francs, oder 2,400,000,000 fl. überstieg, erreichte das bei allen österreichischen Gesellschaften versicherte Capital mit Ende desselben Jahres kaum die Höhe von 25 Millionen Gulden.

Dem „Anker“ war es vorbehalten, dieser nützlichen Institution in Oesterreich eine größere Ausdehnung zu geben, und seine Bemühungen krönte ein Erfolg, der nach 20 Monaten seit der Constituirung der Gesellschaft sich in der Ziffer von mehr als 38 Millionen Gulden an realisirten Lebensversicherungen abspiegelt, d. i. viel mehr als das Doppelte dessen, was die mächtigsten und solidesten Lebensversicherungs-Gesellschaften Europa's, deren Operationen eine drei- bis viermal größere Bevölkerung umfassen, während des gleichen Zeitraums erreichten. Bei einem so ungewöhnlichen Erfolge dürfte ein näheres Eingehen in die Vorzüge und Bürgschaften des „Anker“ für jedermann von Interesse sein.

Sagen wir vor allem, daß den Nutzen von Lebensversicherungen bisher noch niemand, der ihre Wesenheit versteht, bestritten habe, und daß ihre großen Vortheile von allen jenen anerkannt wurden, welche sich die Aufgabe der moralischen und materiellen Verbesserung des menschlichen Geschlechtes stellten.

Der Zweck der Lebensversicherung geht dahin, dem voraussetzlichen Menschen durch jährliche Einzahlungen, die er aus seinem wie immer gearteten Einkommen leistet, eine sichere Revenue zu verschaffen, sei es für sich selbst, sei es für seine Familienglieder oder andere ihm nahestehende Personen; sei es noch während seiner Lebenszeit, sei es nach seinem Tode.

„Die verständige Vorsorge für die Zukunft,“ sagt ein berühmter National-Ökonomist, ist eine der schönsten Eigenschaften des Menschen. Es liegt etwas Großes

„und Edles darin, den Verlockungen des Augenblicks zu widerstehen, um sich eine unabhängige Existenz für die Zeit zu gründen, wo die Kräfte zur Arbeit nicht mehr ausreichen, und mehr noch, um das Los derjenigen, welche man liebt, dann sichergestellt zu wissen, wenn man selbst nicht mehr unter den Lebenden ist.“

Diese denkwürdigen Worte tragen den Keim der Lebensversicherungen in sich; ihre practische Anwendung ist die Aufgabe des „Anker“, ihre vollständige Verwirklichung ist das Ziel aller seiner Bestrebungen.

Der Lebensversicherungs-Vertrag folgte dem allgemeinen Gesetze, dem Gesetze der Vervollkommnung. Anfangs flüchtig entworfen, erhielt er allmählig seine Umgestaltungen; von Jahr zu Jahr führte die Erfahrung Verbesserungen ein, welche die Billigkeit vorstrebte.

Der „Anker“, stark durch die Erfahrungen seiner Vorgänger, hat nicht nur jene Combinationen und Bedingungen in sich aufgenommen, welche am meisten im Einklange mit den Bedürfnissen und den Vortheilen der Versicherten stehen, sondern er war auch bestrebt, durch einige neue Bestimmungen den Versicherungsvertrag moralischer und uneigennützig zu gestalten. Fest auf der betretenen Bahn fortschreitend, gelang es dem „Anker“, seinen Operationen einen eigenthümlichen Character aufzuprägen, indem er durch die Befestigung des Verfalls der geleisteten Einzahlungen bei ihrer weiteren Unterbrechung den Versicherungsvertrag, seiner Natur nach ein Glückvertrage, in einen solchen umbildete, der einen wahren, jederzeit und im Falle der Noth leicht realisirbaren Werth darstellt.

Diese Neuerung findet sowohl bei den Ueberlebens-Associationen als bei den Versicherungen auf den Todesfall für die ganze Lebensdauer ihre Anwendung, und da sie eine der vorzüglichsten Ursachen des großen Erfolges des „Anker“ ist, so verdient sie eine nähere Erörterung. Zum richtigen Verständniß sei vor allem bemerkt, daß die Lebensversicherungen in zwei große Abtheilungen zerfallen, und zwar:

- 1. in Versicherungen auf den Todesfall, 2. in die Ueberlebens-Associationen oder Versicherungen für den Lebensfall.

## 1. Von den Versicherungen auf den Todesfall für die ganze Lebensdauer.

Die Versicherung auf den Todesfall für die ganze Lebensdauer besteht aus einem Vertrag, vermöge welchen jemand die Verpflichtung gegen die Gesellschaft einget, eine einzige oder eine jährlich wiederkehrende Prämie während der ganzen Lebensdauer einer Person zu zahlen, auf deren Leben die Versicherung gestellt ist.

Die Gesellschaft ihrerseits geht die Verbindlichkeit ein, die versicherte Summe sogleich nach dem Tode des Versicherten auszusahlen.

Obwohl es in dem Wesen eines solchen Vertrages liegt, daß die Gesellschaft nur insoweit gebunden sei, als die Prämien ununterbrochen bis zum Todestage des Versicherten eingezahlt werden, so kommt es doch vor, daß ein Familienvater durch Umstände, ganz unabhängig von seinem guten Willen, in Verhältnisse hineingeräth, die ihm nicht mehr gestatten, die Zahlung seiner Jahresprämie fortzusetzen.

Indem nun der „Anker“ sein eigenes Interesse zum Opfer bringt, hat er den Verfall der Einlagen aufgehoben, wodurch der Contractant, der nach einer gewissen Anzahl von Jahren aus was immer für einem Grunde die Prämienzahlung einstellt, die bereits eingezahlten Prämien weder ganz noch zum Theile verliert. Diese werden vielmehr als eine einzige, am Verfallstage der nicht bezahlten Prämie geleistete Einlage betrachtet, und daraus wird eine gleichsam neue, bei dem Tode des Versicherten nach seinem damaligen Alter berechnete Versicherung gebildet.

Der Versicherte wird also Eigenthümer eines neuen Versicherungsvertrages, dessen Werth der Ziffer der eingezahlten Prämien gleichkommt, wofür er nichts weiter zu bezahlen hat, und den er jederzeit bei der Gesellschaft selbst verwerthen kann. Ein Beispiel wird die Richtigkeit dessen klar machen.

A, 30 Jahre alt, versichert sein Leben gegen eine jährliche Prämie von 224 fl. mit 10,000 fl. Dieses Capital wird unmittelbar nach seinem Tode, er mag wann immer erfolgen, an die im Vertrage bezeichnete Person von der Gesellschaft ausbezahlt. Wenn nun A. aus was immer für einem Grunde die Zahlung

der Jahresprämie von 224 fl., nachdem er sie wenigstens durch drei Jahre bezahlt hat, einstellt, so wird die Police bei seinem Absterben beispielweise folgende Werthe haben:

Nach 5jähriger Einzahlung fl.	2733.71,
„ 10 „ „ „	4922.00,
„ 15 „ „ „	6572.77,
„ 20 „ „ „	7894.27,
„ 25 „ „ „	8832.80,
„ 30 „ „ „	9511.68,

und nach 37 Jahren kann die Prämienzahlung gänzlich aufhören, und der Bezugsberechtigte erhält beim Tode des A. dennoch die versicherte Summe von 10,000 fl. vollständig ausbezahlt.

Bei anderen Gesellschaften hingegen muß die Prämie bis zum Todestage fortbezahlt werden, würde der Versicherte ein noch so hohes Alter erreichen.

Darauf allein beschränken sich die vom „Anker“ in diesem Versicherungszweig eingeführten Verbesserungen keineswegs, sondern sie erstrecken sich auf mehrere andere Vertragsbestimmungen, worunter nur die vorzüglichsten erwähnt seien, nämlich das Recht der Anleihe bis zu einem Drittel der eingezahlten Prämien, und der Rückkauf des Versicherungsvertrages durch die Gesellschaft, wofür sie die Hälfte der bezahlten Prämien vergütet, wenn der Vertrag mindestens drei Jahre in Kraft war.

Nachfolgende Tabelle enthält:

- 1. Die einzuzahlenden Prämien für eine Versicherung auf den Todesfall von 10,000 fl. 2. Den Betrag des zugestandenen Anleihe, den Vergütungsbetrag beim Rückkauf der Police und deren Werth beim Ableben des Versicherten, wenn die Prämienzahlung unterbrochen wurde, nach 3, 5, 10, 15, 20, 25 und 35 Jahren. 3. Das Alter des Versicherten, wo es ihm freisteht, ohne Schmälerung der versicherten Summe mit den Einzahlungen aufzuhören.

## Für eine Lebensversicherung von 10,000 Gulden.

Alter des Versicherten	Nach 3 Jahren			Nach 5 Jahren			Nach 10 Jahren			Nach 15 Jahren			Nach 20 Jahren			Nach 25 Jahren			Nach 30 Jahren			Nach 35 Jahren			Alter des Versicherten, wo seine weitere Prämienzahlung gläubig wird.			
	Einmalige Prämie	Jährliche Prämie	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung	Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe	Werth des Versicherungsvertrages im Falle der Unterbrechung der Prämienzahlung					
25	3310.	192.	192.	258.	1617.07	320.	480.	2573.73	640.	900.	4686.36	960.	1440.	6328.28	1208.	1920.	7511.74	1600.	2400.	8458.15	1920.	2880.	9085.17	2240.	3360.	9511.68	65	
30	3730.	224.	224.	336.	1701.70	373.33	560.	2733.71	746.66	1120.	4922.	1121.	1680.	6572.77	1493.33	2240.	7894.27	1866.66	2800.	8832.80	2240.	3360.	9511.68	2613.33	3920.	9852.96	67	
35	4097.	255.	255.	382.50	1750.97	425.	637.50	2801.58	850.	1275.	4988.26	975.	1912.50	6740.09	1700.	2550.	8044.16	2125.	3187.50	9093.35	2550.	3825.	9614.18				70	
40	4551.	299.	299.	418.50	1846.06	493.33	747.50	2924.49	996.66	1495.	5268.72	1495.	2212.50	7074.13	1993.33	2990.	8164.26	2491.66	3737.50	9394.24							70	
45	5112.	361.	361.	541.50	2005.18	601.66	902.50	3180.62	1203.33	1805.	5694.	1805.	2707.50	7664.54	2406.66	3610.	9073.77											70
50	5675.	439.	439.	658.50	2168.26	731.66	1097.50	3462.14	1463.33	2195.	6213.73	2195.	3292.00	8257.73														70

Die Gesellschaft ertheilt auf Verlangen die vollständigen Tabellen über Prämien, Rückkaufspreis, Recht der Anleihe und Werth der Police bei Unterbrechung der Einzahlungen für jedes Alter und jeden Zeitraum.

Wie sehr die Gesellschaft beflissen ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen, möge daraus entnommen werden, daß sie im Laufe von 20 Monaten für 21 Todesfälle eine Gesamt-Versicherungssumme von 116,800 fl. ausbezahlt hatte, und dies jedesmal wenige Tage nach geschehener Legitimierung von Seite der Erben anstandslos bewerkstelligte. An Versicherungsprämien wurde hiefür im ganzen nicht mehr als ein Betrag von 5247 fl. 18 kr. einbezahlt.

Die Anträge zu Versicherungen auf den Todesfall und zu den Gegenversicherungen beliefert sich bis 31. Juli 1860 auf 26,564.221 fl. 32 kr.

## 2. Ueberlebens-Associationen oder Versicherungen auf den Lebensfall.

Die wechselseitigen Ueberlebens-Associationen sind Ver-

einigungen von mehreren Personen, ohne Beschränkung ihrer Zahl, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, welche eine bestimmte von ihnen festgesetzte Summe jährlich zu dem Ende einzahlen, um für die Ueberlebenden eine Vermehrung des eingezahlten Capitals durch Zuschlag von Zinsen und Zinseszinsen und durch Beerbung der zur Zeit der Liquidation verstorbenen Mitglieder zu erzielen. Diese Liquidation wechselt je nach der Dauer der Association zwischen 12 und 25 Jahren.

Da sonach die Ueberlebenden die Verstorbenen beerben, so ergibt sich für jedes Mitglied einer Association, wenn der Versicherte nach Ablauf derselben noch am Leben ist, folgendes Resultat:

- 1. Der Gesamtbetrag der geleisteten Einzahlungen; 2. die von 6 zu 6 Monaten capitalisirten Interessen; 3. ein Antheil an den Einlagen und Interessen der Verstorbenen und jener, welche ihrer Rechte verlustig wurden.

